

Landkreis Kassel

Jugendhilfeausschuss

Wilhelmshöher Allee 19 – 21, 34117 Kassel

Tel.: 0561-1003-0

Kassel, 07.04.2014



Niederschrift

der 11. öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses
(Wahlzeit 2011 - 2016)

am Dienstag, 04.02.2014
von 15:00 Uhr bis 17:15 Uhr

Ort: 34117 Kassel, Wilhelmshöher Allee 19-21,
Kreishaus, Großer Sitzungssaal

Anwesende:

siehe Anwesenheitsliste

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurden fristgerecht unter Mitteilung folgender Tagesordnung geladen:

Tagesordnung:

TOP 1 Begrüßung

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 19.11.2013

TOP 3 Kenntnisgabe: Neues vertretendes beratendes Mitglied des Polizeipräsidiums Nordhessen

TOP 4 Schließung der Geburtshilfestation in Wolfhagen

TOP 5 Partizipation von Jugendlichen

TOP 5.1 Sachstandsbericht des Jugendbildungswerk

TOP 5.2 Einbezug des Kreisschülerrates in den Jugendhilfeausschuss

TOP 6 Armut von Kindern im Landkreis Kassel

TOP 7 Berichte aus den Fachausschüssen

TOP 8 Themenspeicher

TOP 8.1 Heimkinderaktenprojekt

TOP 8.2 "Neue Medien"

TOP 9 Verschiedenes

Abhandlung der Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Begrüßung

Herr Bechtel begrüßt die Anwesenden recht herzlich und stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Herr Schrader bittet den Punkt „Schließung der Geburtshilfestation in Wolfhagen“ als neuen Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen und als neuer TOP 4 eingeplant.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 19.11.2013

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 19.11.2013 werden keine Einwände erhoben. Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Kenntnisgabe: Neues vertretendes beratendes Mitglied des Polizeipräsidiums Nordhessen

Frau Simone Wolf vom Polizeipräsidium Kassel fungiert nicht mehr als stellvertretendes beratendes Mitglied.

Nachfolger ist der Polizeioberkommissar Volker Schulz. Herr Schulz begleitet seit Ende des letzten Jahres den Posten des Jugendkoordinators für Stadt und Landkreis.

TOP 4 Schließung der Geburtshilfestation in Wolfhagen

Herr Schrader führt kurz in das Thema ein und erklärt, wie es zur Schließung der Geburtshilfestation am 31.01.2014 gekommen ist.

Gegen die Schließung wurde mit viel Engagement protestiert. Bspw. organisierte die Sprecherin der AG Jugendhilfe Wolfhagen, Carmen Ramos, eine erfolgreiche Demonstration, weiterhin wurden mit Hilfe einer Online Petition innerhalb kürzester Zeit über 6000 Unterschriften gegen die Schließung der Geburtshilfestation gesammelt.

Dass die Schließung nun doch vollzogen wurde, bedeutet für die Menschen im Wolfhager Land einen großen Verlust.

Auch wenn eine Wiedereröffnung derzeit nicht im Bereich des Möglichen liegt, engagiert man sich weiter für die Erhaltung.

Weiterhin besteht die Angst, dass die komplette Kreisklinik Wolfhagen geschlossen werden könnte.

Frau Selbert informiert, dass die Klinikstandorte Wolfhagen und Hofgeismar erhalten und gesichert werden können.

Ökonomische Argumente seien verständlich, aber es sei unerlässlich, Infrastruktur und Versorgung im ländlichen Raum zu stärken.

Frau Selbert erläutert, dass der Geschäftsführer der GNH, Herr Dr. Sontheimer, zwar frei in Entscheidungen betreffend der Organisation innerhalb der Klinik sei, eine komplette Schließung jedoch nicht in seiner Macht liege.

Herr Bechtel wirft die Frage auf, inwieweit der Jugendhilfeausschuss nun aktiv werden soll.

Die Wichtigkeit der Geburtshilfestation wird betont. An ihrer Erhaltung müsse gearbeitet werden. Auch die Öffentlichkeit müsse merken, dass etwas gegen die derzeitige Situation getan wird.

Frau Regier berichtet über eine Veranstaltung, in der Herr Dr. Sontheimer bekannt gab, dass die Schließung der Geburtshilfe nicht irreversibel sei. Sie gewann jedoch den Eindruck, dass eine Aufrechterhaltung mit wenig Elan verfolgt werde.

Sie bestätigt Herrn Schraders Eindruck und Angst vor einer Schließung der gesamten Klinik.

Herr Schrader weist darauf hin, dass Aktionen für die Aufrechterhaltung weiter verfolgt werden. Demnächst wird es eine Podiumsdiskussion geben, zu der unter anderem politische Funktionsträger eingeladen sind; der Teilnehmerkreis steht noch nicht fest. Der Termin hierfür wird in der Presse bekannt gegeben. Die Menschen im Wolfhager Land sollen mobilisiert werden.

Herr Bechtel merkt an, dass innerhalb des Jugendhilfeausschuss eine einheitliche Haltung vorzuliegen scheint. Man könne eine Bitte an den Kreistag formulieren und sich bei den Bürgern für ihr Engagement bedanken. Eine mögliche Formulierung könnte folgende sein:

„Mit ausgesprochenem Bedauern nehmen wir die nicht akzeptable Entscheidung der Schließung der Geburtshilfestation in Wolfhagen zur Kenntnis, bedanken uns für das unglaubliche Engagement der Menschen im Wolfhager Land und bitten den Kreistag, alle Einwirkungsmöglichkeiten zu nutzen, die Geburtshilfestation in Wolfhagen wieder zu eröffnen und den Klinikstandort Wolfhagendauerhaft zu sichern.“

Frau Selbert bietet sich an, den Kreisausschuss zu unterrichten und eine entsprechende Weiterleitung zu veranlassen.

Bei einer Enthaltung wird dieses Vorgehen beschlossen.

TOP 5 Partizipation von Jugendlichen

Carolin Arbter und Jannick Peter vom Kreisschülerrat werden als Gäste vom Jugendhilfeausschuss begrüßt.

Herr Bechtel erfragt ob, und wenn ja, wie, der Kreisschülerrat in den Jugendhilfeausschuss eingebunden werden soll.

TOP 5.1 Sachstandsbericht des Jugendbildungswerk

Herr Soltau schlägt vor, dass die Angehörigen des Kreisschülerrates für sich selbst sprechen sollen, wenn Vorschläge zur Eingliederung bzw. mögliche Entwicklungen thematisiert werden.

Als Einstieg in die Thematik berichtet Herr Soltau von der vorletzten Kommunalwahl in Bad Emstal. Der Bürgermeisterkandidat Herr Pfeiffer entwickelte damals die Vorstellung, dass in der Gemeinde Bad Emstal ein Kinder- und Jugendparlament installiert werden sollte.

Fabian Koch, ehemaliges Mitglied des Kreisschülerrates, ergriff die Initiative und setzte sich ebenfalls engagiert für die Etablierung eines Kinder- und Jugendparlamentes in Bad Emstal ein.

Der Impuls wurde von der Gemeinde letztlich wegen Realisierungsproblemen nicht weiterverfolgt.

Frau Arbter informiert, dass der letzte Kreisschülerrat Befürworter eines Kinder- und Jugendparlamentes war. Ursprünglich sollte es auch eine Kooperation zwischen Stadtschülerrat und Kreisschülerrat geben. Eine solche kam letztendlich nicht zustande.

Das Modell eines Parlaments sei von Struktur und Beschaffenheit her nach nunmehriger Auffassung nicht geeignet, eine angemessene Partizipation im Bereich der politischen Willensbildung für Kinder und Jugendliche zu gewährleisten. Weiterhin wäre eine Finanzierung problematisch. Der geschäftsführende Vorstand spricht sich daher gegen ein Kinder- und Jugendparlament aus.

Herr Soltau möchte Vorschläge für eine mögliche Entwicklung machen. Man sollte den Kindern und Jugendlichen ermöglichen, mit den Politikern in den direkten Dialog treten zu können. Die Verwirklichung dessen, was die jungen Menschen anregen, soll von ihnen unmittelbar noch erlebt werden. Anregungen von Jugendlichen könnten möglicherweise in die Arbeit des Kreisausschusses einfließen.

Ein zweiter Vorschlag seinerseits wäre – neben dem direkten Dialog - eine projektzentrierte Arbeit. Auch hier könnten Anregungen, die Projekte des Kreises bzw. der Verwaltung betreffen, zeitnah implementiert werden, so dass die Jugendlichen die Früchte ihrer Arbeit ernten können.

Weiterhin könnten die Jugendlichen in direkten Dialog mit der Kreisspitze treten.

Geplant ist, dass unter entscheidender Mitarbeit des Kreisschülerrates dem Kreistag Vorschläge unterbreitet werden sollen, wie Partizipation im Kreis umsetzbar ist und wie man Projekte zeitnah verwirklichen kann. Herr Soltau betont nochmals, dass der Dialog mit den jungen Menschen selbst an erster Stelle steht.

Frau Selbert bestärkt Herr Soltaus Vorschläge. Es gilt nun, zeitnah zu prüfen, welche Modelle der Zusammenarbeit den Praxistest bestehen. Der jetzige Kreisschülerrat soll an der Erarbeitung verschiedener Modelle beteiligt sein, bevor er sich, nach Beginn des neuen Schuljahres, neu konstituiert. Bevor Beschlüsse an den Kreisausschuss weitergeleitet werden, werden sie dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Herr Pilgram-Knobel merkt an, dass die zeitnahe Verwirklichung problematisch werden könnte. Manche Vorgänge in der Kreispolitik benötigen Zeit. Der Kreisschülerrat ist als rechtlich legitimes Organ jedoch immer nur für ein Jahr gewählt. Man müsse sich die

Frage stellen, wie in einem solchen Prozess der Zusammenarbeit Kontinuität verwirklicht werden könne.

Herr Soltau entgegnet, dass der Kreisschülerrat die Kreispolitik kontinuierlich begleiten möchte. Weiterhin merkt er an, dass die Herausforderung, Kontinuität herzustellen bei jungen Menschen immer bestehen wird (eigene Entwicklung, Veränderung der Interessen).

Frau Arbter thematisiert ebenfalls den Faktor Zeit. Der Kreisschülerrat habe einen motivierten Vorstand, der Grundlagen wie eine Geschäftsordnung und Strukturen, die eine kontinuierliche Zusammenarbeit ermöglichen, geschaffen hat.

Frau Bischoff merkt an, dass die Ergebnisse des heutigen Dialogs positive Entwicklungslinien aufzeigen. Wie verschiedene Modelle der Zusammenarbeit zu bewerten sein, müsse sich im Arbeitsalltag erweisen. Sie betont, wie wichtig es ist, dass der ständige Dialog gehalten wird.

TOP 5.2 Einbezug des Kreisschülerrates in den Jugendhilfeausschuss

Herr Bechtel schlägt vor, dass über einen Einbezug des Kreisschülerrates in den Jugendhilfeausschuss, nach Beratung und Vorschlagsfindung hinsichtlich eines Arbeitsmodelles, zu entscheiden sei.

Der Kreisschülerrat sei aber selbstverständlich dazu angehalten, über erprobte Modelle und Entwicklungstendenzen zu berichten.

Herr Bechtel bedankt sich bei den Mitgliedern des Kreisschülerrates und verabschiedet diese.

Zur nächsten Sitzung soll unter Mitwirkung des Kreisschülerrates erneut berichtet werden.

TOP 6 Armut von Kindern im Landkreis Kassel

Herr Borowski-Becker stellt mittels PowerPoint Präsentation das Thema „Armut von Kindern im Landkreis Kassel“ (siehe Anlage) vor.

Herr Fein merkt an, dass in der Präsentation die Komponente „Langzeitarbeitslosigkeit“ als Armutsrisiko – auch über Generationen – gefehlt habe.

Frau Regier erwähnt, dass im Wolfhager Land eine Solidarisierung mit Armutsbetroffenen positiv zu verzeichnen ist.

Herr Borowski-Becker bemängelt, dass gerade im Gesundheitsbereich eine massive Ökonomisierung wahrzunehmen ist, die in gewisser Weise auf gesellschaftliche Entsolidarisierungstendenzen hinweist.

Herr Bechtel ergänzt, dass sich der Jugendhilfeausschuss generell mit der Stärkung von Familien im ländlichen Raum befassen solle. Die Thematik „Armut“ muss enttabuisiert und individuelle Hilfen ermöglicht werden.

Herr Pilgram-Knobel schlägt vor, zu überprüfen, inwieweit der Landkreis Kassel im Prozess der Prävention gegen Armut deutlich beteiligt sein könnte.

Herr Bechtel merkt an, dass diese Thematik für den Jugendhilfeausschuss vorstrukturiert werden müsse. Er begrüßt, dass der Landkreis Kassel einen offenen Umgang anstrebt.

TOP 7 Berichte aus den Fachausschüssen

Es liegen keine Berichte aus den Fachausschüssen vor.

TOP 8 Themenspeicher

TOP 8.1 Heimkinderaktenprojekt

Frau Scherer regt an, dass das Projekt Heimkinderakten bei der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden könne.

TOP 8.2 "Neue Medien"

Das Forum Fachfragen des Fachbereichs Jugend wird zum Thema „Neue Medien“ (u. a. Sexting, Mobbing im Internet, Facebook) Ergebnisse erarbeiten und diese dem Jugendhilfeausschuss vorstellen (voraussichtlich im September).

TOP 9 Verschiedenes

./.

Bechtel
Geschäftsführer Diakonisches Werk Kassel
Vorsitzender JHA

Thüne
Schriftführerin i. V. Kleppe

Teilnehmerverzeichnis:

Teilnehmer	Fraktion	Bemerkung
------------	----------	-----------

Anwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Gerd Bechtel		
Doris Bischoff	SPD	
Uta Erdmann	SPD	
Franz Joachim Fein		
Marianne Freitag-Thiele	SPD	
Trudi Michelsen	SPD	
Horst Pilgram-Knobel		
Susanne Regier	B90/DIE GRÜNEN	
Karsten Resch		
Dieter Schrader		
Susanne Selbert	SPD	
Hildegard Zavelberg-Simon		

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Diodoro Ferraro	IWG	
Jürgen Günst		
Christian Rapp		
Klaus Schenkel		
Anja Schröder		

Verwaltung

Norbert Borowski-Becker		
Regine Bresler		
Anna Hesse		
Sabine Scherer		
Peter Soltau		
Vanessa Thüne		

Gäste

Carolin Arbter		Vertretung des Kreisschülerrates
Yannik Peter		Vertretung des Kreisschülerrates

Abwesend:**Gremienmitglieder (stimmberechtigt)**

Harold Becker		
Volker Eckhardt		
Birgit Kaiser-Wirz	CDU	
Meinolf Schaefers		

Teilnehmende Personen (ohne Stimmberechtigung)

Rainer Ditzel		
Michael Grieneisen		
Dekan Wolfgang Heinicke		

Erich Horbrügger		
Christian Lange	DIE LINKE.	
Günter Mackenrodt		
Dr. Bärbel Mlasowsky	FW	
Klaus-Dieter Sängler	FDP	
André Schönewolf		

Verwaltung

Ralph Kleppe		
--------------	--	--